

### Pressemitteilung

Bei ihrer ersten Zusammenkunft nach der Wahl hat sich die UL nicht allzu lange bei der Wahlanalyse aufgehalten. Zusammenfassend wird dazu festgehalten:

1. Die Koalition von SPD, FDP und UL hat keine Mehrheit mehr.
2. Die Wahlbeteiligung war erschreckend gering, deshalb muss es die vordringliche Aufgabe aller Parteien und Wählergruppen sein, bei den Schwalbacherinnen und Schwalbachern das Interesse an der Kommunalpolitik durch mehr Bürgernähe zu wecken. Die UL wird sich dieser Aufgabe verstärkt annehmen.
3. Die UL hat, auch gemessen an ihren personellen und finanziellen Möglichkeiten, ein gutes Ergebnis erzielt.
4. Nun muss die CDU die Verantwortung übernehmen und beweisen, dass sie ihre Versprechungen auch einlösen kann.

Die UL geht davon aus, dass, wie bisher, Magistrat und Ausschüsse so gestaltet werden, dass jede Fraktion aus eigener Kraft, entsprechend dem Wählerwillen, ihren Vertreter für die einzelnen Gremien benennen kann.

Für den Magistrat wird daher das bisherige Magistratsmitglied Klaus Stukenborg benannt. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde Günter Pabst gewählt und zum Stellvertreter Enrico Straka. Die UL spricht sich dafür aus, das künftig drei Ausschüsse die Arbeit des Stadtparlaments vorbereiten und begleiten: Haupt- und Finanzausschuss, Ausschuss Jugend, Kultur und Soziales und der Ausschuss Bau, Verkehr und Umwelt.

Für den Haupt- und Finanzausschuss und den Ausschuss Jugend, Kultur und Soziales wird Günter Pabst benannt und für den Ausschuss Bau, Verkehr und Umwelt Enrico Straka.

Für die UL ist es wichtig, dass zügig die inhaltliche Arbeit im Stadtparlament aufgenommen wird und sie hat dazu ihre ersten vier Anträge vorbereitet. Ganz oben auf der Prioritätenliste steht die **Wiedereröffnung des Hallenbades**.

Der Magistrat wird beauftragt,

1. bis zum Herbst 2006 ergebnisorientiert mit den Nachbargemeinden über eine gemeinsame Planung für einen Neubau des Hallenbades zu verhandeln und rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2007 dem Stadtparlament über das Ergebnis zu berichten;
2. zu prüfen, ob der Abriss und Neubau des Hallenbades, das sich an den Erfordernissen für ein Familien-, Schul- und Vereinsbad orientiert, kostengünstiger als die Sanierung ist und entsprechende Pläne vorzulegen, die die baldige Wiedereröffnung des Hallenbades vorsehen;

3. alternative Finanzierungskonzepte (Selbst- und Kreditfinanzierung, dazu sollen alle Sondereinnahmen einem Fonds „Hallenbad“ zugeführt werden; Public Private Partnership – Modell) a) unter Beteiligung der Nachbarkommunen und b) in Schwalbacher Eigenregie vorzulegen.

Der zweite Antrag beschäftigt sich mit der **Betreuung der Kinder unter drei Jahren**.

In Ergänzung zu einem möglichen städtischen Angebot einer Betreuung von Kindern unter drei Jahren sollen auch die Angebote von Elterninitiativen, privaten und kirchlichen Träger gefördert werden. Der Magistrat wird daher beauftragt, Richtlinien zur Förderung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren vorzulegen. Elterninitiativen, private und kirchliche Träger, die ein Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren anbieten, sollen Fördermittel erhalten, die maximal 33% der bezuschussfähigen Kosten (Personal- und Sachkosten) betragen. Bei Elterninitiativen ohne Trägeranbindung soll die Stadt das zweite Drittel übernehmen.

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit dem Thema „**Barrierefreies Schwalbach**“.

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten und der Behindertenselbsthilfe ein Konzept für ein barrierefreies Schwalbach zu erarbeiten und eine Prioritätenliste zur Finanzierung und Realisierung vorzulegen.

Der vierte Antrag soll die Voraussetzungen für ein **Stadtmuseum Schwalbach** schaffen.

Der Magistrat wird beauftragt, das denkmalgeschützte ehemalige Schulhaus in der Hauptstr. der Kulturkreis GmbH resp. dem Arbeitskreis „Geschichte von Schwalbach“, als Stadtmuseum im Rahmen eines Pachtvertrages zur Verfügung zu stellen.

Unter der Federführung des Stadtarchivars soll in Kooperation mit dem Arbeitskreis ein Konzept für die Präsentation der über 1200jährigen Stadtgeschichte erarbeitet werden. Berücksichtigung soll auch die jeweilige Vereinsgeschichte und die Migrationsgeschichte der Stadt Schwalbach finden.

Es soll ein baulicher und zeitlicher Sanierungsplan, unter Berücksichtigung von Eigenleistungen, ausgearbeitet werden.

Zur Finanzierung des Projektes wird ein Sonderfonds gebildet, dessen Grundstock ein Zuschuss der Stadt in Höhe von einem Drittel der Sanierungs- und Einrichtungskosten bildet.

f.d.R.

Günter Pabst

(Fraktionsvorsitzender)